

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Anjes Tjarks, Phyliss Demirel, Katharina Fegebank,  
Dr. Eva Gümbel, Jens Kerstan (GRÜNE) und Fraktion**

### **Betr.: Ein nachhaltiges Beschaffungswesen für Hamburg**

Das Hamburger Beschaffungswesen ist kleinteilig und uneinheitlich. Einkaufsentscheidungen werden weitgehend individuell nach Belieben der jeweiligen Beschaffenden und Beschaffer getroffen. Eine Datenbank und Software, die diese Prozesse in ausreichendem Maße abbilden und strukturieren können, fehlen offenbar auch. Einkaufsdaten sind nicht zentral an einer Stelle verfügbar. Kurz: Das Hamburger Beschaffungswesen braucht eine grundlegende Neuorganisation.

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex ist dabei ein sinnvolles Instrument, um transparent darzustellen, ob Betriebe nachhaltig wirtschaften und ihrer unternehmerischen Verantwortung gerecht werden. Er enthält 20 Anforderungen für nachhaltiges Wirtschaften an Unternehmen aller Größen und Rechtsformen, mit denen sie ihre Leistungen messen und darstellen können. Als ein Standard für mehr Transparenz über Nachhaltigkeitsleistungen soll er sie vergleichbarer machen und Analysten die Beurteilung von Risiken, die über das Finanzielle hinausgehen, erleichtern. Er fußt auf den Kriterien der Global Reporting Initiative (GRI) und den ESG-Indikatoren der Europäischen Finanzprofi-Organisation EFFAS. Er überlässt es dabei Unternehmen, für den jeweiligen Indikator entweder die Übereinstimmung („comply“) zu erklären oder eine Abweichung („explain“) zu begründen.

Gerade in der Handelsstadt Hamburg gibt es bereits vorbildliche private Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte über sich erstellen und sogenannte Entsprechenserklärungen zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex unterzeichnet haben. Diesen Initiativen kommt eine wichtige Vorbildfunktion zu. Ein erstes Zwischenziel muss es sein, die gesamte Hamburger Verwaltung und die öffentlichen Unternehmen einem Nachhaltigkeitscontrolling zu unterziehen. Bei dieser Neustrukturierung muss Nachhaltigkeit zum leitenden Prinzip werden. Viele Hamburger Unternehmen sind hier schon sehr gut aufgestellt und haben sich vorbildliche Ziele gesetzt. Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte dieses Wissen in den Hamburger Unternehmen nutzen, um die eigene Verwaltung auf den Stand der Zeit zu bringen. Hierzu bietet es sich an, einen Runden Tisch zu Nachhaltigkeit in Verwaltung und Unternehmen zu organisieren, in dem die unterschiedlichen Ansätze der einzelnen Unternehmen und Behörden zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung diskutiert werden können und die erfolgreichsten Ansätze dargestellt werden können.

Ziel muss es sein, dass die Hamburger Verwaltung ihren organisatorischen Rückstand möglichst schnell überwindet und Nachhaltigkeitskriterien für alle Beschaffungen verbindlich macht. Bis 2020 soll die Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg vollständig nachhaltig sein. Konkrete Dienstvorschriften oder Arbeitshilfen etwa zur Erstellung von Ausschreibungen müssen entwickelt werden.

Um diesem Prozess selbst einen nachhaltigen und dauerhaften Charakter zu verleihen, sind folgende organisatorische Maßnahmen notwendig:

- **Vernetzung der Beschaffungsstellen**

Die professionellen Beschafferinnen und Beschaffer müssen sich untereinander vernetzen, um sich über Möglichkeiten, Perspektiven, Chancen und Lösungen für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung austauschen zu können. Im Alltag werden sie immer wieder mit ähnlichen Fragen konfrontiert. Hier voneinander zu lernen und zu kooperieren, wäre sowohl hamburgweit in der Verwaltung erstrebenswert als auch über die Landesgrenzen hinaus.

- **Austausch zwischen Herstellern, Beschaffern und Nutzern**

Angesichts komplexer Herstellungs- und Verwertungsprozesse ist die Suche nach nachhaltigen Lösungen aber alles andere als trivial. Um Kriterien der Nachhaltigkeit bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen zu berücksichtigen, muss ein enger Austausch zwischen Wissenschaft, Produzentinnen und Produzenten, Beschafferinnen und Beschaffern sowie Nutzerinnen und Nutzern organisiert werden.

- **Nutzung zivilgesellschaftlicher Potenziale**

Die Nachhaltigkeitsdebatte war von Anfang an – seit den Agenda-21-Prozessen in den Neunzigerjahren – als zivilgesellschaftlicher Prozess gedacht und umgesetzt. Bei vielen privaten Konsumentinnen und Konsumenten, in Kirchengruppen, Fair-Trade- oder Umweltinitiativen hat sich ein großes Fachwissen gesammelt, auf das die Verwaltung zurückgreifen kann. Sie können unter anderem über Internetseiten, in denen die aktuellen Entwicklungen im Beschaffungswesen diskutiert werden, eingebunden werden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

- 2013 einen Runden Tisch zu organisieren, bei dem die Fragen der Nachhaltigkeit und unternehmerischer sozialer Verantwortung in der Hamburger Verwaltung und den öffentlichen Unternehmen mit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert werden, mit der Zielsetzung, das Beschaffungswesen der Freien und Hansestadt Hamburg und ihrer Unternehmen auf eine moderne und nachhaltige Basis zu stellen. Das Ziel ist, dass die Freie und Hansestadt Hamburg ab 2020 nur noch nachhaltige Produkte beschafft.
- der Bürgerschaft bis zum 01.06.2013 ein Konzept vorzulegen, wie die gesamte Hamburger Verwaltung und alle Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg bis zum 01.01.2020 in die Lage versetzt werden, Nachhaltigkeitsberichte vorzulegen, die mit dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex kompatibel sind, und Entsprechenserklärungen unterzeichnen können. In einem ersten Schritt der Bürgerschaft sollen bis zum 01.06.2014 für mindestens fünf Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg Nachhaltigkeitsberichte vorgelegt werden. Die Fortschritte auf dem Weg zu einem umfassenden und transparenten Nachhaltigkeitscontrolling sollen der Bürgerschaft in einem jährlichen Bericht vorgelegt werden.
- bis zum 01.10.2013 ein Konzept samt Zeitplan vorzulegen, wie das Beschaffungswesen der Freien und Hansestadt Hamburg so umgebaut werden kann, dass ein nachhaltiges Kaufverhalten sichergestellt wird. Dabei ist es so zu organisieren, dass möglichst umgehend
  - die Beschaffungsstellen untereinander vernetzt werden,
  - der Austausch mit Produzentinnen und Produzenten sowie Nutzerinnen und Nutzern verbessert und verstetigt wird,
  - ein professionelles und softwaregestütztes Vorschlagswesen und Ideenmanagement etabliert wird und
  - Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten im Beschaffungswesen ermöglicht werden.